

Massenproteste in Ungarn: Zehntausend gegen Viktor Orban

Dienstag, 18.11.2014



Thomson Reuters Gewalt auf den Budapester Straßen: "Orban, hau ab, verschwinde!"

Den Rücktritt von Ministerpräsident Viktor Orban haben mehr als 10.000 Demonstranten in Ungarn gefordert. Der Ärger hat sich an dem Verdacht entzündet, der Staatsapparat sei korrupt. Auch die politische Annäherung zu Russland wurde angeprangert.

Mehr als 10.000 Menschen haben vor dem Parlament in Budapest gegen die rechts-konservative Regierung von Ministerpräsident Viktor Orban demonstriert. Zum "Tag der allgemeinen Empörung" hatten Initiativen in sozialen Netzwerken aufgerufen. Redner prangerten bei der Kundgebung am Montagabend die Korruption unter der Regierung Orban an und verlangten den Rücktritt der Chefin der Steuerbehörde, Ildiko Vida. Die oberste Finanzbeamtin des Landes war von den USA wegen Korruptionsverdachts mit einem Einreiseverbot belegt worden.

Die US-Botschaft in Budapest hatte bereits im Vormonat bekanntgegeben, dass mindestens sechs Regierungsoffizielle und regierungsnahen Geschäftsleute nicht in die USA einreisen dürfen. Sie stünden unter dem Verdacht, sich an Korruption zum Schaden amerikanischer Unternehmen beteiligt oder diese begünstigt zu haben. Die Amerikaner nannten keine Namen.

Vida ist bisher die einzige Betroffene, die zugab, auf der Schwarzen Liste der Amerikaner zu stehen. Trotzdem hat sie die Anschuldigungen zurückgewiesen. An dem Verdacht der Korruption im Staatsapparat entzündet sich dennoch der Ärger vieler Ungarn.

Politische Nähe zu Russland wird angeprangert

Bei den Demonstrationen am Montag warfen sie dem Regierungschef Orbán zudem vor, sich in seiner Politik zu stark an Russland zu orientieren. Die Demonstranten skandierten "Orbán, hau ab" und "Europa, Europa". Auf Transparenten war zu lesen: "Wir zahlen keine Steuern an Kriminelle".

Trotzdem: Zu der Kundgebung vor dem Parlament in Budapest kamen deutlich weniger Demonstranten als zu vorhergehenden Protesten gegen eine Internet-Steuer, die Orbán dazu bewegt hatte, die Abgabepläne auf Eis zu legen. Auch in mehreren Provinzstädten gingen am Montag mehrere Tausende Menschen auf die Straße, wie Medien berichten.

Auch die USA und die EU werfen dem Ministerpräsidenten unter anderem vor, demokratische Rechte in dem EU-Land zu beschränken und sich immer stärker der Regierung in Moskau anzunähern.